

Bewerbungsbedingungen
für das Vergabeverfahren
„Sicherheitsdienstleistungen“
für das
Jobcenter Kreis Unna

INHALTSVERZEICHNIS

1 Zeitplan.....	2
2 Auftraggeber	3
3 Gegenstand des Vergabeverfahrens	3
4 Vertragslaufzeit.....	4
5 Angebotskalkulation	4
6 Ablauf des Vergabeverfahrens	5
6.1 Besondere Dienstleistungen.....	5
6.2 Verfahrensart.....	5
6.3 Angebotsprüfung	5
7 Allgemeine Ausschreibungsbedingungen	6
7.1 Bieterfragen.....	6
7.2 Unklarheiten/Verstöße in den Vergabeunterlagen	6
7.3 Frist und Form für die Abgabe von Angeboten	7
7.4 Verbesserungsvorschläge/Nebenangebote/Hauptangebote	7
7.5 Vergütung für die Angebotserstellung.....	7

7.6 Bindefrist	7
7.7 Berichtigungen/Änderungen zur Angebotsabgabe	7
7.8 Änderungen an den Vergabeunterlagen.....	8
7.9 Vorabinformation	8
7.10 Aufhebung des Vergabeverfahrens	8
7.10 Verwendung der Vergabeunterlagen	8
7.11 Verschwiegenheit.....	8
7.12 Rügen/Nachprüfungsverfahren	8
7.13 Betriebs- Und Geschäftsgeheimnisse	9
7.14 Vertragsschluss	9
8 Einzureichende Unterlagen	9
8.1 Angebotsschreiben.....	10
8.2 Kalkulation.....	10
8.3 Unterlagen zur Prüfung der Eignung	10
8.3.1 Umsatzangaben	10
8.3.2 Firmenprofil	10
8.3.3 Referenzen.....	11
8.3.4 Versicherung	11
8.3.5 Gewerbeerlaubnis nach § 34a GewO.....	12
8.3.6 Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001:2015 und DIN 77200:2017	12
8.3.7 Erklärung zu Ausschlussgründen	12
8.3.8 Eigenerklärung Tariftreue und Mindestlohn	12
8.4 Nachunternehmer/Kapazitäten Dritter/Bietergemeinschaften.....	12
9 Bewertung der Angebote	13

1 Zeitplan

Versand Bekanntmachung:	11.05.2026
Frist für Bieterfragen:	04.06.2026
Ende der Angebotsfrist:	11.06.2026
Voraussichtlicher Zuschlag:	15.06.2026
Leistungsbeginn:	01.07.2026
Bindefrist:	01.07.2026

2 Auftraggeber

Das Jobcenter Kreis Unna.

3 Gegenstand des Vergabeverfahrens

Gegenstand dieses Vergabeverfahrens ist die Erbringung von Sicherheitsdienstleistungen für folgende Verwaltungsgebäude des Auftraggebers im Kreis Unna:

- ☐ Viktoriastrasse 4, 59425 Unna
- ☐ Rathausplatz 6, 59174 Kamen
- ☐ Hüsingstr. 2, 58239 Schwerte
- ☐ Campus 2, 59379 Selm
- ☐ Kurt-Schumacher-Str. 15, 44534 Lünen
- ☐ Louise-Schröder-Str. 12, 59192 Bergkamen
- ☐ Berliner Allee, 59425 Unna

Der Auftraggeber behält sich vor, einzelne Dienststellen aus dem Leistungsumfang herauszunehmen oder weitere Dienststellen in den Vertrag einzubeziehen. Für diesen Fall gilt § 5 Abs. 3 des Vertrages.

Einzelheiten zur Leistungserbringung ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung.

4 Vertragslaufzeit

Der Vertrag beginnt am 01.07.2026 zu laufen und endet mit Ablauf des 31.12.2027. Die ersten sechs Monate der Vertragslaufzeit gelten als Probezeit. Während dieser Zeit kann der Vertrag vom Auftraggeber unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen gekündigt werden, ohne dass es hierfür einer Begründung bedarf. Für die fristgerechte Kündigung während der Probezeit kommt es nicht auf den Zeitpunkt des Wirksamwerdens, sondern auf den Zeitpunkt des Zugangs der Kündigung an.

Die Vertragslaufzeit beträgt grundsätzlich 1,5 Jahre. Abweichende Regelungen können sich aus dem Vertrag ergeben. Der Vertrag endet mit Ablauf der Grundlaufzeit, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Mit einer Frist von jeweils drei Monaten zum Laufzeitende kann der Auftraggeber den Vertrag durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Auftragnehmer zwei Mal um jeweils 1 Jahr verlängern. Abweichende Regelungen können sich aus dem Vertrag ergeben.

Der Vertrag kann aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist gekündigt werden. Ein wichtiger Grund liegt u.a. insbesondere vor, wenn die andere Vertragspartei gegen Bestimmungen dieses Vertrages schwerwiegend oder wiederholt – trotz vorheriger schriftlicher, fruchtloser Abmahnung durch die kündigende Vertragspartei – verstoßen hat (außerordentliche Kündigung). Vor der außerordentlichen Kündigung ist der anderen Partei Gelegenheit zu geben, unverzüglich zu dem Sachverhalt Stellung zu nehmen.

Sonderkündigungsrecht: Bei der Schließung eines Standortes hat der Auftraggeber das Recht, den Sicherheitsdienstleistungsvertrag vorzeitig für den entsprechenden Standort zu kündigen, mit einer Frist von 3 Monaten.

5 Angebotskalkulation

Die Bieter geben ihre Angebote auf die in der Leistungsbeschreibung im Einzelnen aufgeführten Leistungen ab. Dort finden sich auch Angaben hinsichtlich der Mitarbeiterkapazität an den jeweiligen Standorten.

Bitte beachten Sie folgende Hinweise zur Kalkulation:

Dem Angebot sind das vollständig ausgefüllte Leistungsbeschreibung und Preisblatt beizufügen. Die dort eingetragenen Preise müssen alle Leistungen beinhalten, die zu einer vertragsgerechten Ausführung der jeweiligen Leistung erforderlich sind, insbesondere die Kosten für Anfahrten und koordinierende Tätigkeiten, die Sachausstattung und Einkleidung der Mitarbeiter, notwendige arbeitsmedizinische Untersuchungen sowie die Erbringung der Sicherheitsleistungen und Schulungen der Mitarbeiter.

Die Angebotswertung erfolgt nach dem Kriterium „Preis“.

6 Ablauf des Vergabeverfahrens

Nachstehend erfolgt eine Darstellung des Ablaufs des Vergabeverfahrens im Einzelnen.

6.1 Besondere Dienstleistungen

Die hier zu vergebenden Sicherheitsdienstleistungen sind besondere Dienstleistungen im Sinne von Anhang XIV der Richtlinie 2014/24/EU (CPV-Codes 79710000-4, 79713000-5).

Da der für sie geltende Schwellenwert gemäß § 106 Abs. 2 Nr. 1 GWB i.V.m. Art. 4 lit.

d) der Richtlinie 2014/24/EU überschritten ist, sind die Bestimmungen des GWB und der VgV anzuwenden.

6.2 Verfahrensart

Der Auftrag wird in einem europaweiten Offenen Verfahren vergeben.

6.3 Angebotsprüfung

Bei der Angebotsprüfung geht der Auftraggeber in folgenden Schritten vor:

Der Auftraggeber wird nach Öffnung und formaler Prüfung aller Angebote in einem ersten Schritt diejenigen Angebote aussondern, welche formal fehlerhaft sind.

In einem zweiten Schritt werden diejenigen Angebote ausgeschlossen, für die ein zwingender gesetzlicher Ausschlussgrund besteht.

In einem dritten Schritt erfolgt die Eignungsprüfung. Die von den Bietern zum Nachweis ihrer Eignung und zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen geforderten Unterlagen und Angaben gemäß Ziffer (8.3) sind inhaltsgleich mit Ziffer III.1 der EU-Auftragsbekanntmachung.

In einem vierten Schritt werden die Angebote nach dem Preis bewertet.

Angebote, deren Preise im Verhältnis zu der zu erbringenden Leistung ungewöhnlich niedrig sind, können, ggf. nach einer Aufklärung, ausgeschlossen werden, § 60 VgV.

Der Bieter, der das wirtschaftlichste Angebot eingereicht hat, erhält den Zuschlag.

Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachreichen, vervollständigen oder korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachreichen oder vervollständigen zu lassen. Ein Anspruch der Bieter hierauf besteht jedoch nicht. Insbesondere behält sich der Auftraggeber vor, aus Gleichbehandlungsgründen bzw. aus Zeitgründen unvollständige Angebote vom Vergabeverfahren ausschließen.

7 Allgemeine Ausschreibungsbedingungen

Nachstehende Ausschreibungsbestimmungen finden im vorliegenden Vergabeverfahren Anwendung.

7.1 Bieterfragen

Sollten Sie Fragen zu den Ihnen übersandten Unterlagen haben, sind diese ausschließlich elektronisch bis spätestens 04.06.2026 über die Internetplattform einzureichen:

DTVP

Antworten zu den gestellten Fragen werden gemäß den bestehenden vergaberechtlichen Erfordernissen in neutralisierter Form auf der Vergabepattform veröffentlicht.

Sofern sich ein Bieter auf der Plattform registriert hat, wird er über die Veröffentlichung von Bieterfragen und Antworten automatisch informiert. Anderenfalls haben sich die Bieter in eigener Verantwortung regelmäßig zu erkundigen, ob dort Antworten zu Bieterfragen veröffentlicht wurden.

7.2 Unklarheiten/Verstöße in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen oder die dem Bieter mitgeteilten, übergebenen und zugänglich gemachten Unterlagen oder sonstigen Informationen Unklarheiten oder verstoßen diese nach Auffassung des Bieters gegen geltendes Recht, so weist der Bieter die Vergabestelle unverzüglich, spätestens jedoch mit der Angebotsabgabe, schriftlich darauf hin. Anderenfalls kann er sich auf die Unklarheiten oder die Rechtsverstöße nicht berufen.

7.3 Frist und Form für die Abgabe von Angeboten

Dem Bieterkreis wird zur Erstellung der Angebote ein angemessener Zeitraum eingeräumt. Angebote dürfen bis einschließlich 11.06.2026 10:00 Uhr eingehen.

Den Angeboten ist das Angebotsschreiben beizufügen. Das Angebotsschreiben ist vollständig auszufüllen. Dabei sind der Bieter und die natürliche Person, die die Erklärung in eigener Verantwortung abgibt, zu benennen. Angebote müssen elektronisch eingereicht werden über die Internetplattform:

DTVP

Angebote, die aus Gründen, die die Bieter zu vertreten haben, verspätet eingehen, werden nicht berücksichtigt. Angebote, deren verspäteter Eingang nachweislich auf Umständen beruht, die außer aller Schuld der Bieter liegen, können berücksichtigt werden.

Angebote sind ausschließlich elektronisch und ausschließlich in deutscher Sprache zu übermitteln. Spätestens für eine Angebotsabgabe müssen sich die Bieter auf oben genannter Internet-Plattform registrieren. Die Registrierung ist kostenlos.

Sämtliche Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.

7.4 Verbesserungsvorschläge/Nebenangebote/Hauptangebote

Verbesserungsvorschläge, Nebenangebote und die Abgabe mehrerer Hauptangebote sind nicht zugelassen.

7.5 Vergütung für die Angebotserstellung

Für die Erstellung der Angebote wird keine Vergütung gewährt.

7.6 Bindefrist

Die Entscheidung über die Erteilung des Zuschlags wird voraussichtlich am 01.07.2026 erfolgen.

Die Bieter sind bis einschließlich 01.07.2026 an ihre Angebote gebunden.

7.7 Berichtigungen/Änderungen zur Angebotsabgabe

Berichtigungen und Änderungen zu eingereichten Angeboten sowie die Zurückziehung von Angeboten können bis zum Abgabetermin über die in Ziff. (7.3) genannte InternetPlattform elektronisch vorgenommen werden.

7.8 Änderungen an den Vergabeunterlagen

An den Vergabeunterlagen, zu denen insbesondere die Leistungsbeschreibung sowie der Vertrag gehören, dürfen keinerlei Änderungen vorgenommen werden.

In den Angebotsunterlagen des Bieters gegebenenfalls enthaltene Allgemeine Geschäfts-, Liefer- und Zahlungsbedingungen sind unbeachtlich und haben keinen Erklärungswert.

7.9 Vorabinformation

Gemäß § 134 Abs. 1 GWB darf der Vertrag erst zehn Kalendertage nach elektronischer Absendung der Information an die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, geschlossen werden. Ein entsprechendes Vorabinformationsschreiben wird den Bietern übermittelt, sobald das Wertungsergebnis vorliegt (7.6).

7.10 Aufhebung des Vergabeverfahrens

Der Auftraggeber behält sich vor, das Vergabeverfahren aufzuheben. Dies gilt insbesondere, wenn die für das Vorhaben eingeplanten Finanzierungsmittel nicht oder nicht in voller Höhe bewilligt werden können und in den Fällen des § 63 VgV.

Eine etwaige Aufhebung der Ausschreibung (ganz oder teilweise) wird den Bietern mitgeteilt. Für den Fall, dass das Verfahren aufgehoben wird, sind – soweit rechtlich zulässig – Schadensersatzansprüche der Bieter ausgeschlossen.

7.10 Verwendung der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen dürfen nur zur Erstellung eines Angebots verwendet werden. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder Weitergabe an Dritte ist ohne die ausdrückliche Genehmigung des Auftraggebers nicht statthaft.

7.11 Verschwiegenheit

Jeder Bieter hat - auch nach Beendigung der Angebotsphase - über die ihm bei seiner Tätigkeit bekannt gewordenen dienstlichen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Er hat hierzu auch die bei der Erstellung des Angebots beschäftigten Mitarbeiter zu verpflichten.

7.12 Rügen/Nachprüfungsverfahren

Die Erhebung von Rügen sowie die Einlegung von Rechtsbehelfen richtet sich nach den §§ 160 ff. GWB. Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass ein etwaiger Nachprüfungsantrag gemäß § 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB spätestens 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, zu stellen ist. Die zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren ist die

Vergabekammern des Bundes beim Bundeskartellamt
Villemombler Straße 76
53123 Bonn
Fax: 0228-9499163

7.13 Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse

Nach § 165 GWB haben die Verfahrensbeteiligten in Vergabenachprüfungsverfahren unter Umständen Anspruch auf Akteneinsicht. Die Vergabekammer hat die Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen, geboten ist. Die Bieter haben zu diesem Zweck bereits mit der Angebotsabgabe die darin enthaltenen Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse deutlich zu kennzeichnen. Fehlt eine solche Kennzeichnung, geht der Auftraggeber von einer Zustimmung zur Einsichtnahme gemäß § 165 Abs. 3 S. 2 GWB aus.

7.14 Vertragsschluss

Die hier zu vergebenden Leistungen sind Dienstleistungen, auf die der Vierte Teil des GWB und die VgV anzuwenden sind.

Mit dem bezuschlagten Bieter wird der Vertrag über die Erbringung von Sicherheitsdienstleistungen geschlossen.

Weitere nachrangige Bestandteile des Vertrages und seiner Anlagen sind in absteigender Rangfolge:

- die Vergabeunterlagen einschließlich sämtlicher Anlagen,
- das Angebot einschließlich Ausführungskonzept, Preisblatt und aller mit dem Angebot abgegebenen Erklärungen,
- die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B),
- im Übrigen die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB).

8 Einzureichende Unterlagen

Die Angebote sollen in die folgenden 5 Kapitel (8.1 bis 8.5) gegliedert sein. Die Überschriften der 5 Kapitel werden nachfolgend angegeben und erläutert.

Angebote müssen den Bieter sowie die natürliche Person, die die Erklärungen in eigener Verantwortung abgibt, benennen. Alle übrigen einzureichenden Unterlagen müssen die natürliche Person, die die Erklärungen in eigener Verantwortung abgibt, benennen.

8.1 Angebotsschreiben

Füllen Sie das Angebotsschreiben vollständig mit Ihren Daten aus.

Wird das Angebotsschreiben nicht mit dem Angebot vorgelegt oder ohne Nennung des Bieters und/oder der natürlichen Person, die die Erklärung in eigener Verantwortung abgibt, eingereicht, gilt das Angebot als nicht abgegeben.

8.2 Kalkulation

Die Kosten der angebotenen Leistungen sind in der vorgegebenen Form in dem Preisblatt aufzuschlüsseln. Dieses muss vollständig ausgefüllt werden.

8.3 Unterlagen zur Prüfung der Eignung

Die Bieter müssen den Angeboten zum Nachweis ihrer Eignung folgende Unterlagen in deutscher Sprache vorlegen:

8.3.1 Umsatzangaben

Angabe der Umsätze der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre mit Leistungen, die mit dem vorliegenden Auftragsgegenstand vergleichbar sind. Liegt der Zeitpunkt der Geschäftsaufnahme weniger als drei Jahre zurück, tritt dieser Zeitraum an die Stelle des Drei-Jahres-Zeitraums.

8.3.2 Firmenprofil

Firmenprofil mit Beschreibung der für die Durchführung der angebotenen Leistungen zuständigen Bereiche des Unternehmens, der Geschäftsstellenstruktur und der wesentlichen Eckdaten des Unternehmens, insbesondere Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte. Das Firmenprofil soll 10 Seiten keinesfalls überschreiten. Als nicht leistungsfähig gilt, wer bezogen auf die ausgeschriebenen Leistungen nicht mindestens 20 Mitarbeiter in Vollzeit beschäftigt. Hierbei stehen 4 geringfügig Beschäftigte mit einem Bruttolohn von 450 Euro im Monat („Minijobber“) einem in Vollzeit beschäftigten Mitarbeiter gleich.

8.3.3 Referenzen

Listen der vom Bieter erbrachten Leistungen, die mit den hier zu vergebenden Leistungen vergleichbar sind, unter Angabe des genauen Auftrages, der Auftragssumme, des Auftraggebers, der Art der durchgeführten Leistung und der Leistungszeiträume sowie der Kontaktdaten von Ansprechpartnern mit Telefonnummer und E-Mail-Adresse.

Die Listen sind wie folgt zu gliedern:

Auftraggeber	Anschrift, Telefonnummer, E-Mail	Ansprechpartner	Art der durchgeführten Leistung	Leistungszeitraum	Auftragssumme
....

Mindestanforderung:

Drei Referenzaufträge mit einer bereits erbrachten Laufzeit von je mindestens 12 Monaten.

8.3.4 Versicherung

Eigenerklärung, dass der Bieter über Versicherungen verfügt, die den gesamten Leistungsbereich abdecken, auf den sich das Vergabeverfahren bezieht und deren Deckungssummen mindestens folgende Beträge je Versicherungsfall umfassen:

- Personenschäden: 1.500.000,00€
- Sachschäden: 1.000.000,00€
- Abhandenkommen bewachter Sachen: 250.000,00€
- Vermögensschäden: 250.000,00€
- Schäden durch Schlüssel- oder Codekartenverlust: 250.000,00€
- Schäden aus Verletzung des Datenschutzes: 250.000,00€

Bestehen zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe keine den vorstehenden Anforderungen entsprechenden Versicherungen, genügt die Abgabe einer Verpflichtungserklärung zum Abschluss entsprechender Versicherungen im Falle des Zuschlags.

8.3.5 Gewerbeerlaubnis nach § 34a GewO

Nachweis einer aktuellen und auf den Bieter lautenden Gewerbeerlaubnis für Bewachungsgewerbe gemäß § 34a Abs. 1 S. 1 GewO.

8.3.6 Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001:2015 und DIN 77200:2017

Eigenerklärung darüber, dass der Bieter zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe über die Zertifizierung eines Qualitätsmanagementsystems nach DIN EN ISO 9001:2015 eines akkreditierten Zertifizierungsunternehmens verfügt und dass sich das Zertifikat auf die angebotenen Leistungen erstreckt. Gleichwertige Nachweise für die Qualitätssicherungsmaßnahmen werden anerkannt, wenn der Bieter die Gleichwertigkeit der Maßnahmen mit denen des Zertifikats DIN EN ISO 9001:2015 nachweist (hierzu ist eine Eigenerklärung mit dem Angebot einzureichen).

Eigenerklärung darüber, dass der Bieter zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe über die Zertifizierung eines Qualitätsmanagementsystems nach DIN 77200:2017 eines akkreditierten Zertifizierungsunternehmens verfügt und dass sich das Zertifikat auf die angebotenen Leistungen erstreckt. Gleichwertige Nachweise für die Qualitätssicherungsmaßnahmen werden anerkannt, wenn der Bieter die Gleichwertigkeit der Maßnahmen mit denen des Zertifikats DIN 77200:2017 nachweist (hierzu ist eine Eigenerklärung mit dem Angebot einzureichen).

8.3.7 Erklärung zu Ausschlussgründen

Eigenerklärung, die Angaben zu dem Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 42 VgV i.V.m. §§ 123, 124 GWB enthält.

8.3.8 Eigenerklärung Tariftreue und Mindestlohn

(betrifft nicht die Eignung)

Erklärung zur Tariftreue und Mindestentlohnung (hierzu ist die Eigenerklärung zu Tariftreue und Mindestentlohnung“ mit dem Angebot einzureichen)

8.4 Nachunternehmer/Kapazitäten Dritter/Bietergemeinschaften

Bitte nennen Sie die Namen aller Nachunternehmer, die von Ihnen eingesetzt werden sollen (gemäß „Vordruck 235 (Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen). Der Einsatz ist zugelassen, wenn der Bieter für alle angebotenen Leistungen über einen einzigen Hauptansprechpartner (Projektleiter) verfügt. Ferner müssen dem Auftraggeber alle beteiligten Nachunternehmer bereits mit dem Vordruck bekannt gegeben worden sein.

Die „Verpflichtungserklärung/en für Nachunternehmer nach § 36 Abs. 1 S. 2 VgV“ (ist/sind erst auf Anforderung des Auftraggebers vorzulegen).

Ein Bieter darf im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, ohne dass diese zugleich einen Teil des Auftrags ausführen. Diese Möglichkeit besteht unabhängig von der Rechtsnatur der zwischen dem Bieter und den anderen Unternehmen bestehenden Verbindungen (sogenannte „Eignungsleihe“). Hierfür muss er nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden. Machen Sie von einer Eignungsleihe Gebrauch, ist die „Verpflichtungserklärung für eine Eignungsleihe nach § 47 Abs. 1 VgV“ mit dem Angebot vorzulegen.

Bietergemeinschaften müssen die „Erklärung zur Bildung einer Bietergemeinschaft“ mit dem Angebot einreichen.

Bitte teilen Sie gegebenenfalls mit, welches Ihre Gründe für die Beteiligung anderer Unternehmen/Einrichtungen sind. Für den Fall der Eingehung einer Bietergemeinschaft muss aus der Mitteilung hervorgehen, dass der Zusammenschluss mit § 1 GWB vereinbar ist.

Die unter 8.3 bis 8.4 genannten Erklärungen und Nachweise sollen alle Mitglieder einer Bietergemeinschaft abgeben/einreichen.

9 Bewertung der Angebote

Preis zu 100% unter Erfüllung aller Anforderungen der Leistungsbeschreibung.